

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

48. Woche für die Zeit vom 25. November bis 2. Dezember 1893.

Posen, 4. Dezember 1893.

Aus Nr. 273 des Dziennik Poznański
vom 30. November 1893:

Das Attentat auf den Reichskanzler.

Der Dziennik wiederholt nach deutschen Blättern die Nachricht von dem Verlauf des Attentats auf das Leben des Herrn Reichskanzler Grafen v. Caprivi und sagt zum Schluß Folgendes:

„Es empfiehlt sich, sich zur Zeit jeder Meinungsäußerung und aller Muthmaßungen zu enthalten, vielmehr auf das Ergebnis der Untersuchung zu warten, welche möglicherweise zur Entdeckung des Thäters führen wird. Jedenfalls dürfte das Berliner Attentat dazu beitragen, daß das gemeinsame Vorgehen sämtlicher civilisirten Staaten gegen den Anarchismus, welcher sich immer dreister an die Vernichtung der gesellschaftlichen Ordnung heranwagt, beschleunigt wird.“

Aus Nr. 269 des Dziennik Poznański
vom 25. November 1893:

Aus dem Kreise Mogilno, den 23. November.

Betrifft Schulangelegenheiten.

Nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Leben sorgt der Vorsteher irgend einer Anstalt dafür, daß sämtliche Räder ununterbrochen ihre Thätigkeit verrichten. Es ist nötig, daß bei jeder Arbeit daran gedacht wird; am leichtesten ist dies dort durchzuführen, wo die Regierung die Maschinenleitung in der Hand hat. Seit Erlaß der antipolnischen Gesetze hält bei uns die Regierung nicht nur in den innern, sondern auch in den äußeren Schulangelegenheiten die Zügel in der Hand. Ohne ihre Erlaubniß darf kein Lehrer seine Stelle verlassen, ohne ihren Willen darf keine Gemeinde einen Lehrer annehmen. Hier könnten also die Räder, wie in einer Uhr sich regelmäßig bewegen; doch dem ist nicht so. Gerade beim Schulwesen zeigen sich — insofern es sich um die Besetzung von Lehrerstellen handelt — viele Unregelmäßigkeiten bei der Thätigkeit der einzelnen Räder. Die Ursache solcher Unterbrechungen soll der Mangel an Lehrern in der Provinz sein. Wenn dies der Fall ist, wer trägt die Schuld daran? Die Regierung muß und kann schon einige Jahre im Voraus ihren Etat bezüglich des Bedürfnisses an Lehrkräften aufstellen und hat sie dies gethan, kann sie niemals in Verlegenheit im Falle des Freiwerdens einer Lehrerstelle kommen. Keine Gemeinde brauchte auch nur einen Tag ohne Lehrer zu bleiben. Da jedoch die Regierung die besten Lehrkräfte s. Zt. zur Versetzung nach außerhalb der Provinz in Vorschlag brachte, da den befähigten polnischen Jünglingen immer noch der Eintritt in die Lehrerfeminare erschwert ist, so ist es gekommen, daß die Lehrerstellen in polnischen Gemeinden Monate ja sogar Vierteljahre lang unbefetzt bleiben und der Unterricht in solchen Schulen nur ein elendes Flickwerk ist, welches mit Hilfe der Vertretung durchgeführt wird. Im diesseitigen Kreise ist seit Mitte v. Mts. die Stelle des katholischen Lehrers in Bro-

niemitz frei. Da die Regierung keinen neuen Lehre zur Verfügung hatte, gab sie ihre Einwilligung dazu, daß der Lehrer Zyniewicz von Broniewitz nach Kretkowo bei Jarotschin versetzt wurde. Damit jedoch den Broniewitzern Schulkindern das deutsche „der — die — das“ nicht vollständig aus dem Kopf entfliehe, führte die Regierung eine Vertretung in der Weise ein, daß sie einem Lehrer in Pakosch die Erlaubniß gab, sein Amt drei Tage in Pakosch und die übrigen drei Tage in Broniewitz zu verrichten. Durch diese Einrichtung ist nichts Halbes, nichts Ganzes geschaffen worden. Am wenigstens sind mit dieser Flickarbeit die katholischen Familienväter von Pakosch zufrieden. Da sie die Lehrer bezahlen, haben sie auch das Recht zu fordern, daß dieselben in ihrer Gemeinde arbeiten. In Anbetracht dessen, daß Pakosch keine überflüssigen Lehrer besitzt, können wir uns über die Unzufriedenheit der betreffenden Eltern nicht wundern.

Noch eine Schulangelegenheit will ich hier berühren. Als in Alexandrowo, diesseitigen Kreises, große Kalkgruben entstanden, wurde in Hansdorf eine neue Schule erbaut, welche sich mit Schülern, die früher die Pakoscher Schule besuchten, füllte. Da der Gutsbesitzer ein Protestant war, gab man der neuen Schule einen evangelischen Charakter, obwohl zwei Drittel der Schüler katholischen Glaubens sind. Von dem an der Schule angestellten evangelischen Lehrer kann man nicht verlangen, daß er nicht vor Allem seine evangelischen Schüler im Auge behielte. Wir müssen uns daher mehr über die Regierung wundern, daß sie sich hier nicht der katholischen Mehrheit annahm und nicht dafür sorgte, daß etwa 80 katholische Kinder ihre Erziehung und ihren Unterricht von einem katholischen Lehrer erhielten. Es ist der Grundsatz angenommen worden, daß die Kinder des einen und des anderen Glaubensbekenntnisses den Religionsunterricht mindestens in 4 Stunden wöchentlich erhalten sollen. Es giebt jedoch Ausnahmen, und zu diesen gehören wieder die Schulkinder in Hansdorf. Die königliche Regierung in Bromberg hat nämlich den Stundenplan bestätigt, nach welchem die katholischen Kinder in Hansdorf nur einmal in der Woche den Religionsunterricht von dem Lehrer aus Pakosch erhalten. An diesem einen Tage machte der Lehrer den Katechismus, die biblische Geschichte, die Lehre von den kirchlichen Gebräuchen und den Kirchengesang ab. Endlich sah der evangelische Pastor als Schulvorstandsmitglied ein, daß diese geringe, etwa 80 katholischen Kindern ertheilte „Dosis“ von Religionsunterricht nicht genüge und stellte selbst den Antrag, daß der katholische Religionslehrer zweimal wöchentlich nach Hansdorf komme. Eine gewisse Rolle spielte dabei auch die Geldfrage. Als nämlich der betreffende katholische Religionslehrer zweimal wöchentlich in Hansdorf zu unterrichten beauftragt wurde, wurde das Honorar von 120 auf 180 Mark jährlich erhöht. Die Regierung bestätigte jedoch den Vorschlag des Schulvorstandes nicht, sondern setzte die Vergütung auf 150 Mark fest.

Aus Nr. 273 des Dziennik Poznański
vom 30. November 1893:

Auffallende Fürsorge des Kreisschulinspektors Schwalbe.

Demjenigen, welcher die Verhältnisse der hiesigen Simultanschulen prüft, muß die außergewöhnliche Fürsorge des Kreisschulinspektors und sodann der Direktoren, sowohl der katholischen, als auch der evangelischen den sogenannten deutsch-katholischen Abtheilungen gegenüber aufgefallen sein. Der fürsorgliche Schutz, welcher seit der Zeit datirt, seit welcher diesen Abtheilungen außer wirklichen deutschen unter verschiedenen Vorwänden auch polnische Schüler überwiesen werden, offenbart sich in der Vermehrung der Anzahl der Religionsabtheilungen und in der Freigiebigkeit bei der Versorgung der Schüler mit Handbüchern zum deutschen Religionsunterricht. Einen neuen Beweis dieser ungewöhnlichen Fürsorge lieferte dieser Tage der Stadtschulinspektor Herr Schwalbe. In seinem jüngsten Rundschreiben übergeht er vollständig die deutschen Religionsabtheilungen; wahrscheinlich aus dem Grunde, weil die Pastoren, welche die Aufsicht über den Religionsunterricht in der Schule haben, ihm nicht erlauben würden, sich in Sachen einzumischen, die ihnen anvertraut worden sind. Er übergeht auch die polnisch-katholischen Religionsabtheilungen und beschäftigt sich ausschließlich mit Schülern, welche freiwillig oder gezwungen zu den deutsch-katholischen Abtheilungen gehören.

Die Ursache dieses ausnahmsweise diesen Religionsabtheilungen gewidmeten Eifers dürfte man vielleicht in der Thatfache suchen, daß Herr Schwalbe ein Katholik deutscher Nationalität ist, wenn es nicht bekannt wäre, daß dieser Katholik seine Kinder in evangelischem Glauben erziehen läßt. Der Beweggrund dieser ausnahmsweisen Fürsorge kann demnach nur der Umstand sein, daß die Abtheilungen dieser angeblichen Deutschkatholiken sich vorwiegend aus Polen zusammensetzen, welche der Verdeutschung unterliegen sollen.

In seinem Rundschreiben verlangt Herr Schwalbe durch die Direktoren von den Lehrern, welche in den deutsch-katholischen Abtheilungen den Religionsunterricht erteilen, daß sie

- 1) die (von dem Schulinspektor) angegebenen 10 deutschen, für die Weihnachtszeit bestimmten Adventslieder einüben;
- 2) daß die betreffenden Lehrer dafür sorgen, daß die auf der Liste der deutsch-katholischen Schüler eingetragenen Kinder (gleichviel welcher Nationalität dieselben angehören) von jetzt ab an jedem Sonn- und Feiertag früh 8 Uhr die Messe in der Franziskanerkirche besuchen.

Was den ersten Theil der Verfügung des Stadtschulinspektors anbelangt, müssen wir bemerken, daß ebenso wie in jedem anderen Unterrichtsgegenstande, so auch in der Religion alljährlich vor Beginn des neuen Schuljahres ein Verzeichniß derjenigen Lieder angefertigt wird, welche im Laufe des Jahres eingeübt werden sollen. Der diesjährige Religionsplan, zu welchem auch die Kirchenlieder gehören, ist den betreffenden geistlichen Inspektoren des Religionsunterrichts vorgelegt und von diesen bestätigt worden. Ohne Wissen dieser Geistlichen darf der Religionsplan nicht geändert werden. Soviel zur Aufklärung der Sache.

Im zweiten Theile der Verfügung des Herrn Schwalbe erblicken wir eine gewisse Absicht (Tendenz). Die Franziskanerkirche ist zur Benutzung für die Deutschkatholiken bestimmt; in den Abtheilungen aber, in welchen katholische Schüler den Religionsunterricht in den hiesigen Schulen in deutscher Sprache erhalten, befinden sich auch Polen. Mit welchem Recht erlaubt sich Herr Schwalbe den Lehrern zu befehlen, dafür zu sorgen, daß auch die zu Unrecht in den deutschen

Religionsunterricht geschickten polnischen Schüler am Sonntage den Gottesdienst in der Franziskanerkirche besuchen? Erstens verlegt hier Herr Schwalbe die Rechte der betreffenden polnischen Eltern, welche an Sonntagen ihre Kinder zum Gottesdienst in diejenigen Kirchen führen oder schicken, welchen sie selbst besuchen. Sodann achtet er nicht auf die Rechte und auf das Ansehen derjenigen Geistlichen, welche die Aufsicht über den katholischen Religionsunterricht in den betreffenden Schulen haben. Von weiteren Bemerkungen über diese Angelegenheit wollen wir vorläufig Abstand nehmen, weil die Kirchenbehörde sich wahrscheinlich dieser Sachen annehmen wird. Aus journalistischer Pflicht fügen wir nur noch hinzu, daß uns mitgetheilt worden ist, das in Niederstehende Rundschreiben des Herrn Schwalbe stehe gewissermaßen mit der von dem Vikar an der Franziskanerkirche Herrn Becker in's Leben gerufenen deutsch-katholischen Bewegung in Verbindung! Dieser Nachricht können wir jedoch schwerlich Glauben schenken.

Zur Information für diejenigen, welche sich mit der Prüfung des p. Schwalbe'schen Rundschreibens befassen werden, wiederholen wir hier nochmals, daß in den deutsch-katholischen Religionsabtheilungen sich polnische Schüler auf Grund der schwachen Unterlage befinden, weil sie

- 1) einen deutschen Namen führen, wie z. B. Behrendt, Busse, Bergmann, Kindermann, Lange u. a. m.
- 2) weil sie früher eine Schule an einem Ort besuchten, wo auch für die polnischen Schüler der Religionsunterricht in deutscher Sprache eingeführt worden ist, wie z. B. die Schüler Krajewski, Potrymka u. s. w.
- 3) weil sie früher das hiesige Marien-Gymnasium besuchten, wie z. B. der Schüler Trzemiński;
- 4) weil sie Stadtwaisen sind, wie z. B. Kaduba Franz, Ramiński Felix, Dobrowolski Boleslaus, Janowski Julian, Sawronski Stanislaus u. a. m.

Die Zugehörigkeit dieser Schüler zu den deutsch-katholischen Abtheilungen erklärt den Beweggrund zur Herausgabe des ersten und des zweiten Theils der p. Schwalbe'schen Rundverfügung.

Aus Nr. 269 des Dziennik Poznański
vom 25. November 1893:

Aufruf!

Der Aufsichtsrath der St. Jüdor-Bruderschaft hat in diesem Jahre trotz der großen sich ihm in den Weg stellenden Schwierigkeiten beschlossen, die Vermittlung in der Führer und gewissenhafter Vermittler für die während des Sommers in die westlichen Provinzen auf Arbeit gehende Bevölkerung in Anspruch zu nehmen und die letzteren darauf aufmerksam zu machen, daß sie hier in der Provinz Posen vertragsmäßige Arbeiten ganz ebenso, wie in Deutschland unternehmen könnten. Die Herren Arbeitgeber, welche für die Sommermonate fremde Arbeiter bei sich aufnehmen, ersuchen wir daher, die Zahl der Arbeiter und die Bedingungen, unter welchen sie dieselben beschäftigen wollen, bis zum 15. Dezember d. Js. unter der Adresse des Propstes Lic. Jaskulski in Biezdrowo bei Wronke mitzutheilen. Der Aufsichtsrath wird sich die größtmögliche Mühe geben, Führer und Vermittler zu gewinnen und durch dieselben, soweit es angängig ist, Arbeiter für die Provinzen Posen und Westpreußen zu beschaffen und dieselben von der äußerst verderblichen und unglückseligen Auswanderung nach den westlichen Provinzen abzuhalten.

Posen, den 24. November 1893.

Der Aufsichtsrath der St. Jüdor-Bruderschaft.
Max von Jackowski. Lic. Jaskulski, Propst.
Johann von Glogoczi.

Aus Nr. 270 des Goniec Wielkopolski
vom 26. November 1893:

Der Dreibund.

Der Dreibund verfehlte als „Friedensliga“ seinen Zweck; als „Garantie“ der Besitzungen des deutschen Kaiserreichs gewährt er durchaus nicht die erwartete Sicherheit, denn der Ausfall des europäischen Krieges zwischen fünf Mächten läßt sich gar nicht voraussehen. Die Haltung Englands ist allein im Stande die Ausichten zu ändern. Was die Regierung der Königin Viktoria im Falle eines Krieges thun würde, das wissen wohl selbst englische Minister nicht. Unserer Ansicht nach würden die englischen Kriegsschiffe dem Kriegsdrama nur zusehen und ein wachames Auge auf alles Das haben, was England im Mittelmeere besitzt.

Und die Polen? Die Polen dürfen sich weder auf die Seite Deutschlands noch diejenige Rußlands stellen. Unsere Rolle wird sich auf das Leiden beschränken — denn auf Polens Feldern wird das Blut vergossen werden, falls es wirklich zum Kriege kommen sollte — und auf das geduldige Abwarten des Endes der Mordthaten und Verwüstungen. Der Krieg wird sowohl den Sieger, als auch den Besiegten so schwächen, daß er dieselben an das wahre Sprüchwort erinnern wird: Was du nicht willst, daß man dir thu', das füg' auch keinem Andern zu. — Man theilte uns vor hundert Jahren und Europa leidet jetzt in Folge dieses unerhörten Unrechts. Europa wird, nicht um den Gefühlen der Menschheit zu genügen, sondern der eigenen Ruhe wegen, die Nothwendigkeit der Wiederherstellung Polens erkennen und den Wünschen und Forderungen des polnischen Volkes sich nicht zu widersetzen wagen, welches in den hundert Jahren des Leidens viel gelernt und noch mehr als die Skeptiker es annehmen, vergessen hat.

Aus Nr. 272 des Goniec Wielkopolski
vom 29. November 1893:

Der Goniec fordert in einem der „November-Nacht“ (29. November 1830) gewidmeten Artikel, die polnischen Mütter auf, ihre Kinder am Abend des 29. November um sich zu versammeln und ihnen die Bedeutung des Aufstandes der polnischen Nation gegen die russische Uebermacht zu erklären. Wie die Großväter mit ihrer Brust und mit der Waffe in der Hand das polnische Vaterland vertheidigt hätten, so hätten die jetzigen Polen und deren Kinder die Pflicht, nach demselben Ziele, wenn auch auf anderem Wege, zu streben. Der Artikel schließt: Glauben wir vor Allem, daß wir für das einzige, gemeinsame Vaterland arbeiten, und vertrauen wir, daß Gott im Himmel uns den Augenblick erleben lassen wird, nach welchem jeder wahre Pole sich von ganzem Herzen sehnt.

Aus Nr. 269 des Dziennik Poznański
vom 25. November:

Der erste Centrumsantrag im Reichstage.

Einer der vom Centrum, der zahlreichsten Partei des Reichstages, gestellten Anträge ist der auf Aufhebung des gegen den Jesuitenorden für das deutsche Staatsgebiet erlassenen Niederlassungsverbots, eines Ueberbleibfels des unglückseligen Kulturkampfes. Dieser Antrag ist kein neuer; er ist früher bereits wiederholt gestellt worden. Als er zum ersten Male eingebracht war, gelangte er in Folge muthwilliger Verschleppung garnicht auf die Tagesordnung, sondern blieb mit andern unvollendeten Arbeiten des Reichstages wegen Schlußes der Session unerledigt. Ein ander Mal zog

ihn das Centrum aus taktisch-politischen Beweggründen zurück, da der gegebene Augenblick als zur Durchführung ungeeignet erachtet wurde.

Gegenwärtig ist der Antrag zu Beginn der Session in Form eines Gesetzentwurfs erneuert worden. Da nun sowohl die vom Kanzler eingebrachten handels- und zollpolitischen Vorlagen als auch die auf den Präsidententisch niedergelegten Steuer- und Finanzprojekte nach stattgefundener Hauptverhandlung entsprechenden Kommissionen werden überwiesen werden, so wird der Antrag des Centrums zweifellos nächstens auf der Tagesordnung des Reichstages stehen, ohne daß jedoch auf sofortige entscheidende Erledigung desselben zu rechnen ist. Da er in Form eines Gesetzentwurfs eingebracht worden ist, wird er, selbst den Wegfall einer vorherigen kommissorischen Vorberathung vorausgesetzt, doch eine dreimalige Lesung durchmachen müssen, deren letzte erst die Entscheidung bringt.

Bisher sind die Ausichten des Centrums, mit dem Antrage durchzudringen, nicht vielversprechende gewesen. Die protestantische Mehrheit des Reichstages war noch allzusehr von dem Geiste des Kulturkampf durchdrungen, so daß nüchternere Auffassungen nicht zur Geltung kamen. Die nationalliberale Partei wollte selbstverständlich von einer derartigen Berücksichtigung des Jesuitenordens nichts wissen. Die anderen liberalen Parteien erblickten in den Jesuiten die Schützer des Obskurantismus und der geistigen Knechtschaft und lebten in steter Furcht vor der scharf ausgeprägten Organisation des Ordens, so daß sie sich mit der Befestigung der angeführten Ausnahmemaßregel nicht befreunden konnten, weungleich sie auf Grund ihrer Programme dazu verpflichtet waren. Ja sogar die konservativen Parteien brachten es aus konfessioneller Gegnerschaft nicht übers Herz, sich der Forderung der katholischen Partei gegenüber entgegenkommend zu erweisen. Bei dieser Sachlage konnte sich auch Graf Caprivi nicht gut einer parlamentarischen Niederlage aussetzen, was bestimmt erfolgt wäre, hätte er sich auf die Seite des volksthümlichen Antrages gestellt.

Heut scheint die Lage in der That eine andere zu sein. Das Centrum ist gegenwärtig die zahlreichste Partei im Reichstage, und sein Beschluß fällt in allen Fragen, die in dieser Körperschaft zur Entscheidung kommen, schwer in die Waagschale. Sei es bei Regierungsentwürfen, sei es bei Anträgen seitens hierzu berechtigter Fraktionen, stets ist das Centrum ein sehr wichtiger Faktor und seine Bundesgenossenschaft überaus erwünscht, um so mehr, je mehr die Spaltung und Verwirrung innerhalb und zwischen den einzelnen Fraktionen überhand nimmt.

So voreilig es wäre, den Sieg des gestellten Antrages zu prophezeien, ist es doch bezeichnend, daß die ärgsten Gegner nicht allein mit der Möglichkeit, sondern sogar mit der Wahrscheinlichkeit der Annahme desselben rechnen.

(Der Dziennik führt zum Beweise dieser Behauptung die ziffermäßigen Darlegungen der Nationalliberalen Korrespondenz bezüglich der Freunde und Gegner des Centrumsantrages im Reichstage an und fährt dann fort:)

„Wenn die Sachen in Wirklichkeit diesen Verlauf nähmen, wäre als sicher anzunehmen, daß auch die Regierung ihren Widerstand gegen den Antrag aufgeben würde. Deutlichere Fingerzeige werden in dieser Beziehung die fraktionellen Erklärungen gelegentlich der ersten Lesung des neu eingebrachten Gesetzentwurfs liefern, sobald der Antrag auf die Tagesordnung des Reichstages gestellt sein wird.“

Aus derselben Nummer des Dziennik Poznański:

Das Posener Tageblatt brachte gelegentlich des zehnten Jahrestages des Todes des früheren Posener Oberbürgermeisters Rohleis einen Artikel, der die Ver-

dienste des Verstorbenen um die Stadt warm pries und besonders hervorhob, daß die Entwicklung, welche das allgemein als für Posen segensreich anerkannte Simultanschulwesen hierorts genommen, vorzugsweise dem Wirken dieses Mannes zu verdanken sei. Hierzu bemerkt der Dziennik:

„Wo erblickt denn der Verfasser des Artikels die „allgemeine“ Anerkennung, deren sich angeblich die hiesigen Simultanschulen erfreuen. Wohl in den Reihen solcher Pseudo-Konservativen, wie er selbst einer ist, da jeder wahre Konservative diese Art der Schulen als schädliche ansieht. Was diese Schulen bei uns für Früchte zeitigen, dafür liefert jeder Tag charakteristische Beläge. Wenn das Posener Tageblatt also die Verdienste des verstorbenen Oberbürgermeisters rühmt, darf es das angeführte nicht als solches hervorheben, da dasselbe mehr als zweifelhafter Natur ist.“

Aus Nr. 268 des Kuryer Poznański
vom 24. November 1893:

Aus der Provinz.

Geehrte Redaktion!

Nach den neuesten Mittheilungen kommt der Zentrumsantrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes am 29. d. Mts. zur Berathung. Könnten bei dieser Gelegenheit nicht auch unsere Abgeordneten die Angelegenheit der Einschränkung, die andere Orden im Großherzogthum und in Westpreußen erfahren, zur Sprache bringen? In allen übrigen Theilen Deutschlands ist den Franziskanern, Ursulinerinnen, Gebetschwestern die Niederlassung erlaubt, nur die genannten beiden preussischen Provinzen sind ausgenommen und hängen von der Discretion des Kultusministers ab, der jedoch bisher keinem Orden die Rückkehr gestattete.

Der Einsender weist hierauf auf die Gefahren hin, die den Polen seitens der Sozialisten zu drohen beginnen und hält in Betracht des Mangels an Seelsorgern die Rückberufung der Orden für geboten.

Aus Nr. 271 des Kuryer Poznański
vom 28. November 1893:

Ueber die Gleichberechtigung.

Der letzte Wahlaufruf des Zentrums enthielt einen Passus, worin über den Mangel an Gleichberechtigung der Katholiken auf dem Gebiete der Kirche, der Schule und der Verwaltung geklagt wurde. Dieser Passus fand auch in allen provinziellen Wahlaufrufen der Zentrumsparthei Aufnahme. Der Ober-Präsident von Westfalen nahm mit Bezug auf diesen Umstand Veranlassung, einem westfälischen Zentrumsführer gegenüber dies Verhalten der ultramontanen Wahlkomitees als demagogisch, jeder Begründung entbehrend und das Gemeinwohl gefährdend zu bezeichnen. Das westfälische, katholische Provinzialkomitee suchte hierauf die im Aufrufe desselben ausgesprochene Behauptung durch Beispiele, Namen und Zahlen zu beweisen. Die Kreuzzeitung mißbilligte es entschieden, daß der Ober-Präsident sich in eine öffentliche Polemik mit dem Wahlkomitee eingelassen habe und sprach die Erwartung aus, daß das von Herrn Studt gegebene Beispiel in anderen Provinzen nicht Nachahmung finden werde. Der Kuryer Poznański bringt einen längeren Bericht über die oben angeführten Vorgänge und nimmt dabei die Gelegenheit wahr, daraus seinerseits die Nutzenwendung für die Verhältnisse in den Ostprovinzen zu ziehen. Er schreibt:

„Bei uns liegen die Verhältnisse ebenso wie in dem überwiegend katholischen Westfalen. Auch bei uns bildet die polnisch-katholische Bevölkerung die

größere Hälfte der Einwohnerschaft, — wie sind jedoch unsere Landsleute bei der Besetzung der Ämter berücksichtigt? Wo ist ein polnischer Katholik an hervorragender Stelle in der Selbstverwaltung thätig? Wie groß ist der Prozentsatz der polnisch-katholischen Rektoren und Schulinspektoren, deren Obhut katholische Kinder anvertraut sind?

Haben unsere vorwiegend von polnischen Katholiken bewohnten Städte und Kreise Bürgermeister und Landräthe, wie solche der Nationalität und dem Bekenntnisse der Bewohner entsprechen würden? Wie viel haben wir schon über die Parität bezüglich der Gründung von Schulen und bezüglich der Gewährung von Subventionen zur Hebung und Unterhaltung dieser Anstalten geschrieben! Ueberall werden die Protestanten in erster Linie berücksichtigt.

Wohin wir nur das Auge wenden, haben wir Veranlassung, uns über Zurücksetzung zu beklagen. Das thun wir auch seit jeher, doch hat sich bisher Niemand gleich dem Herrn Ober-Präsidenten von Westfalen bemüht gefunden, diese unsere Beschwerden einer Beantwortung zu würdigen, wohl darum, weil dies schwer hielte. Was ließe sich wohl auch zur Rechtfertigung des herrschenden Systems bezüglich Oberschlesiens und Westpreußens anführen?

Die Kreuzzeitung hat Recht, wenn sie es im Interesse der Erhaltung der konfessionellen Eintracht für unangebracht hält, diese Fragen vor das Forum der öffentlichen Meinung zu ziehen. Möge sie jedoch in dieser Beziehung nicht diejenigen beschuldigen, welche Gerechtigkeit fordern und welche verlangen, nicht als Unterthanen zweiter Klasse behandelt zu werden, da dieselben bei der Steuerveranlagung in der Zensitenliste dort figuriren, wo sie auf Grund der Gleichberechtigung hingehören.

Aus Nr. 271 des Kuryer Poznański
vom 28. November 1893.

Der Kuryer Poznański beantwortet den jüngsten Artikel des Deutschen Wochenblatts, der die Meinung vertritt, daß die Reichsregierung in der Steuer- und Polenpolitik fehl gehe und umkehren müsse, mit folgender Bemerkung:

„Eine ähnliche Ansicht fanden wir einst irgendwo, wahrscheinlich im Machiavelli gelesen. — Varijari! Wir treiben keine hohe Politik und es fällt uns nicht im Traume ein, uns freiwillig im Falle eines Konflikts (zwischen Deutschland und Rußland) die Finger zu verbrennen. Wir vertrauen auf Gottes gerechtes Walten und werden dabei nie aufhören, das zu verfolgen, was uns von Rechts wegen gebührt. Für den guten Willen, den man uns bezeugt, sind wir dankbar; doch den Gewaltmenschen entgegenen wir:

„Die fremden Eroberer kommen und gehen,
Wir gehorchen, aber wir bleiben stehen!“

Aus Nr. 274 des Kuryer Poznański
vom 1. Dezember 1893.

Aus unserer Schule.

Aus Tremessen.

Da von allen Seiten Klagen über den allgemeinen Verfall des Schulwesens in unserer Provinz in die Blätter gelangen, sei auch mir gestattet, Etwas aus Tremessen anzuführen, das diesen Gegenstand betrifft. Unsere katholische Schule kann als Muster der Schulen nach dem Systeme Bismarck-Göpler betrachtet werden, natürlich in negativer Bedeutung. Bei 472 Kindern, von denen 2 deutscher Nationalität sind, haben wir zwei polnische und fünf deutsche Lehrer. Von diesen spricht der Hauptlehrer, obgleich von Geburt Deutscher, zwar das Polnische fließend,

zeichnet sich jedoch durch eine andere schöne Eigenschaft aus. Er lebt nämlich in gemischter Ehe mit einer Protestantin ohne hierfür die Genehmigung der katholischen Kirche eingeholt zu haben. Die vier übrigen Deutschen können nicht polnisch. Ihre Herkunft ist folgende. Einer ist ein verdeutschter Mähre, der zweite schlesischer, der dritte sächsischer, der vierte oldenburger Import. Sichtlich ist eine Verständigung mit den Kindern unmöglich. Der einzige Dolmetsch ist der Stock, daher ist auch das Schlagen der Kinder an der Tagesordnung. Der Religionsunterricht wird in polnischer Sprache erteilt, in den oberen Klassen in wöchentlich fünf Stunden. Religionslehrer ist ein alter wahrhaft polnischer Lehrer. Trotzdem seine Kräfte erlahmt sind, arbeitet er angestrengt, doch ohne merklichen Erfolg, da die Kinder größtentheils nicht polnisch lesen können, (der polnische Sprachunterricht hat wegen Mangels an Mitteln bereits seit Langem aufgehört) und Katechismus wie biblische Geschichte nur in wenigen Exemplaren in jeder Klasse vertreten sind. In den unteren Klassen erteilt der bereits erwähnte Ermähre drei Stunden wöchentlich Religionsunterricht, und zwar, da er nicht polnisch kann, wahrscheinlich in mährischer Sprache. Die Aufsicht über den Religionsunterricht hat Herr Storz, der protestantische Kreis-Schulinspektor in Mogilno, den die Thatache charakterisiert, daß er zur Zeit seiner Gnesener amtlichen Thätigkeit einige Lehrer an den Rhein verpakt hat. Als er die Schulinspektion über den Kreis Mogilno und damit auch über die katholische Schule in Tremessen übernahm, erachtete er es für überflüssig, sich dem in bürgerlichen wie amtlichen Kreisen allgemein geachteten seligen Kanonikus Tomaszewski vorzustellen und ignorirte denselben sogar gelegentlich einer sich später bietenden Gelegenheit hartnäckig.

Unsere Schule ist durch häufigen Lehrerwechsel gesegnet. In zwei Jahren wechselten vier der Herren, zwei aus Westfalen und zwei aus Ost- bzw. Westpreußen, und zwar bemühten sie sich, weil sie nicht polnisch konnten, um andere Stellen. In vier Jahren hat die Schulkasse 8 Lehrern die Umzugskosten erstattet. Was jedoch am meisten auffällt, — oder besser gesagt, bei dem herrschenden System selbstverständlich ist, — der polnische Lehrer, der älteste und auch am längsten von Allen am Orte wirkende, verbleibt seit vielen Jahren auf der dritten Stelle sowohl der Stellung als dem Gehalte nach, obgleich die zweite Stelle längere Zeit vakant war. In dieselbe rückte ein Schulamtskandidat aus Westfalen und nach dessen Abgang ein anderer Kollege unter Uebergehung des Polen.

Wohin führt dies System? Heut bereits zeigen sich die Folgen. Die Eltern senden die Kinder aus Abneigung nicht regelmäßig zur Schule, sondern verwenden sie zur Arbeit und zu Diensten. Die Schulstrafen machen bis heutigen Tages keinen Eindruck auf unser Proletariat, da sie nichts schaden, sondern sogar mit Nutzen verknüpft sind, indem sie bei freiem Unterhalt im Gefängnis abgebußt werden können. Die Jugend verwilderte infolgedessen; sie vergift nach kurzer Zeit die deutschen Brocken, die sie in der Schule gelernt und vermehrt die Legion der elenden Existenzen, die von der Hand in den Mund leben, sich zu Heloten der Juden herausbilden und mit der Zeit zu Bettlern und Herumtreibern werden. Wunderbar, daß der Herr Kreis-Schulinspektor bei so musterhaften Zuständen für unsere Schule nur Ausdrücke der Zufriedenheit kennt.

Für wen reist die Saat? Nicht mit Unrecht, wenn auch wohl unbewußt schrieb ein Korrespondent, der Gazeta Robotnicza aus Tremessen: „Unser Weizen gedeiht, daß einem das Herz lacht.“ Wenn es so fortgeht, so wird die Ernte in der That ergiebig sein, wenn die Schnitter aus Berlin sich hier einfänden werden.

Aus Nr. 272 des Kuryer Poznański
vom 29. November 1893:

Die Genossenschaft der Landwirthe.

Mit jedem Tage zeigen sich neue Wunden an unserem gesellschaftlichen Körper; immer neue Niederglagen erfahren nicht allein einzelne Persönlichkeiten und Familien, sondern alle Gesellschaftsklassen unseres Landes.

Das Ansiedelungsgezet — traurigen Andenkens für die Gesittung — nimmt zu landesfeindlichen Zwecken größere Güterkomplexe und Besitzungen und schafft, indem es den Polen das natürliche Recht, Theile der Ansiedelungsgüter käuflich zu erwerben, versagt, unter einer zahlreichen Bevölkerungsklasse, der unserer Wirtschaftsbeamten, ein Proletariat.

Das Rentengütergezet ist ebenfalls darauf angelegt, den Großgrundbesitz zu zerstückeln und zeitigt für die Wirtschaftsbeamten dasselbe Resultat, nämlich es vermehrt das Proletariat inmitten derselben.

Der Möglichkeit ihrem Berufe nachzugehen beraubt, ziehen die Familien der Wirtschaftsbeamten allmählich in die Städte und Städtchen und warten daselbst entweder auf eine Aenderung der Verhältnisse oder suchen einen anderen Erwerb zu ergreifen; — so füllten sich die Städte allmählich mit hunderten von Familien, die den Spargroschen unproduktiv verzehren und ihre Kräfte leider schuldlos brach liegen lassen müssen.

Der Wirtschaftsbeamte hat seine ganze Jugend in schwerer, oftmals blutiger Arbeit verbracht, um sich für sein Fach vorzubilden. Andere Kenntnisse hat er sich nicht angeeignet, darum ist es ihm unmöglich, Beschäftigung in einem anderen Berufszweige zu finden, umsomehr, als uns die Beamtenlaufbahn verschlossen ist und die verschiedenen privaten Berufszweige schon eine Ueberfülle an Personen unseres Berufs aufweisen.

Wer nimmt sich der einstigen Arbeiter auf der väterlichen Scholle an, wenn dieselben heutzutage von einem so harten Loos betroffen werden?

Wer gedenkt der zahlreichen Frauen und Mütter, die einst so fröhlich auf dem Wirtschaftsgebiete, das dem weiblichen Geschlechte auf dem Lande offen steht, schafften und die nunmehr mit blassen Wangen, bekümmerten Herzens mit bangem Blick der Zukunft ihrer Kinder entgegensehen?

Der barmherzige Gott hat diesen Abgrund von Jammer und Verzweiflung geschaut und sie den Werth der eigenen Kraft erkennen gelehrt.

Raum hatte sich der Aufschrei des Schmerzens seitens Einiger Luft gemacht, so trat eine Anzahl von Kameraden solidarisch zusammen und beschloß auf dem Wege der Selbsthilfe Rettung zu suchen.

Der Anfang ist: „Schaffung einer Genossenschaft der Landwirthe.“

Die Organisation der Genossenschaft soll auf durchaus neuen Grundsätzen aufgebaut werden, und zwar so:

1) Jedes Mitglied hat die Pflicht, sein Leben in bestimmten statutengemäßen Grenzen zu versichern.

2) Die „Genossenschaft der Landwirthe“ wird für ihre Mitglieder sogenannte Restgüter ausfindig machen, wie sie bei den Parzellirungen auf Renten entstehen.

3) Beim Erwerb ganzer Vorwerke oder Güter sollen „Kollokationen“, d. h. Vorwerkssysteme mit so großem Areale geschaffen werden, wie sie das Rentengesetz irgend zuläßt.

4) Das Ausfindigmachen und Bilden entsprechender Pachtungen für die Mitglieder soll in den Wirkungsbereich der neuen Institution gehören.

5) Die „Genossenschaft der Landwirthe“ als Institut beabsichtigt keinen Gewinn für ihr Theil zu erzielen, sondern will alle Ankäufe direkt in den Besitz der Mitglieder übergehen lassen.

6) Die finanzielle Organisation wird gestatten die Mitglieder zu unterstützen

- a. bei der Regulirung sogenannter privater Renten,
- b. bei Hypotheken, die in Rentenbriefen angelegt werden,
- b. bei Bauten, Erwerb von Inventar 2c.

7) Eine rechtliche Organisation wird die Mitglieder vor den verschiedenartigen Zufällen und Hindernissen schützen, die auf dem Gebiete der Rentenansiedelung so häufig auftauchen.

Wie wir erfahren, hat eine achtbare Gesellschaft von Interessenten bereits eine Kommission zwecks Ausarbeitung der Statuten gewählt und binnen Kurzem soll die Konstituierung der Genossenschaft erfolgen.

Wir zweifeln nicht, daß das neue unter den heutigen Verhältnissen so nothwendige Institut allgemeine Unterstützung finden wird nicht allein unter den stellenlosen, sondern auch unter der Schaar der noch in Stellung befindlichen, ihrer Zukunft jedoch ungewissen Wirtschaftsbeamten. Und diejenigen, deren Loos ein weniger abhängiges ist und denen es verstattete, größere oder kleinere Pachtungen zu übernehmen, mögen dieser wichtigen Angelegenheit nicht ihre Unterstützung versagen. Sie wird gestützt auf zahlreiche und solidare Kräfte, segensreiche Frucht für die heutigen und künftigen Geschlechter zeitigen.

Glück auf!

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 94 der Gazeta Opolska
vom 24. November 1893:

Ein Zeichen der Zeit.

Es ist vielleicht nicht allen Lesern bekannt, daß in dem neuen Landtag zum ersten Mal ein Lithauer von Mark und Blut als Abgeordneter eintritt. Es hatte bereits den Anschein, als ob die Lithauer in Preußen für ihre Nationalität verloren wären, da auf einmal erfahren wir, daß sie nicht nur leben, sondern sogar ihren Kandidaten bei den Landtagswahlen durchgebracht haben.

Die Tschechen sind aus ihrem langen Schlaf erwacht und können uns als ein Volk, welches seine Rechte begreift und für deren Erhaltung mit vollem Eifer kämpft, als Beispiel dienen. Auch Oberschlesien erwachte und diejenigen, welche die großpolnischen Agitatoren dieserhalb beschuldigen, mögen sich selbst fragen: „Woher kommt es, daß dort in dem äußersten Winkel Ostpreußens, welcher durch eine Mauer deutscher Bevölkerung von Thorn und Posen abgegrenzt ist, auf einmal das Licht des Nationalgefühls auftauchte?“ Vielleicht hat sich dort ein Posener „Emissär“ eingeschlichen und agitirt, von Haus zu Haus wandernd, unter den Lithauern, so ergreift ihn doch, meine Herren, so lange es noch Zeit ist! Nein, meine Herren, Gott kann nicht zugeben, daß Völker untergehen, die er selbst in's Leben gerufen hat, er kommt ihnen oft im letzten Augenblick zu Hilfe und rettet sie vor dem nationalen Untergange.

Dieser erste Lithauer heißt Tomassus und ist Grundbesitzer. Die Lithauer stellten bereits bei den letzten Reichstagswahlen ihre eigenen Kandidaten auf, und als die Regierungspartei ihnen nicht zu Hilfe kam, vergaltten sie ihr das in der Weise, daß sie die Wahl des konservativen Abgeordneten vereitelten.

Diesmal boten sowohl die Konservativen, als auch die Liberalen Kompromisse an; die Lithauer schlossen mit den Ersteren ein Kompromiß und thaten sehr klug daran, denn sie brachten auf diese Weise ihren Abgeordneten durch. Möchte es ihm doch gelingen, für sein Volk manche Erleichterung zu erkämpfen, welches eben so wie wir recht empfindlich den Mangel

der Muttersprache in den Schulen und bei den Behörden empfindet.

Aus der Provinz Westpreußen.

Aus Nr. 273 der Gazeta Toruńska
vom 26. November 1893:

Betrifft die Schule.

In Mroczno, Kreis Löbau wird die Schule um eine dritte Klasse vergrößert. Die durch den Bau und die Unterhaltung der Lehrerstelle entstehenden Unkosten trägt hauptsächlich der Staat; doch soll der Lehrer ein Evangelischer sein. Die Schule wird von im Ganzen drei bis fünf evangelischen Schülern besucht.

Aus Nr. 273 des Goniec Wielkopolski
vom 30. November 1893:

Lusin, in Westpreußen.

Zu viele Schnapsschänken.

Am 23. d. Mts. mußte der Propst in eigener Person einen betrunkenen Mann aus der Kirche führen, ein anderer Trunkenbold, welcher bis in die äußerste Thurmspitze hinaufgegangen war, mußte ebenfalls entfernt werden.

Vor Kurzem wurde von den Blättern die Nachricht gebracht, daß in Petersburg auf 1000 Einwohner eine Branntweinschänke entfällt. In dieser Beziehung giebt unsere Kassubei dieser Hauptstadt nichts nach. Ja es ist hier sogar noch schlimmer. Lusin zählt z. B. 700 Seelen und hat drei Schänken, das Dorf Ruda ist kleiner als Lusin, besitzt jedoch vier Schänken. Für die kleinste derselben wird 1200 M. Pacht gezahlt, in Lusin würde jeder gern 1500 Mark zahlen. Dembowa góra zählt etwa 300 Einwohner und drei Kneipen, Mosty, etwa 100 Seelen, hat auch eine Schänke. Michalinka hat etwa 150 Seelen und zwei Schnapsschänken, Bogore 180 Seelen und ebenfalls zwei Kneipen, Gdynia etwa 350 Seelen und vier Kneipen u. s. w. Die Trunkenbolde begehen dann auch manchmal schreckliche Verbrechen. Vor Kurzem tranken acht Mann 240 Seidel bairisch Bier aus und rissen demnächst dem Schänker die Sachen vom Leibe herunter, daß er nackend da stand. Auf einer anderen Stelle und zwar in einer Stadt hätten sie den Gastwirth fast erschlagen, wenn nicht rechtzeitig Hilfe gekommen wäre, doch haben sie ihm die Rippen beschädigt. Wie viel Prozesse, Mein-eide, Morde u. s. w. sind nicht auf die Trunkenheit zurückzuführen. Ich frage daher, ist das nicht noch schlimmer wie bei den Russen und bei den Zigeunern? Dagegen giebt es auf 50 Seelen keine Zeitung. Das ganze Vergnügen bildet die Kneipe und die Tabakdose, das ist die ganze Bildung und Wissenschaft.

Der Goniec dankt zum Schluß dem Bericht-erstatte für die Uebersendung dieser Zeilen und empfiehlt die Gründung von Mäßigkeitsvereinen.

Aus Westfalen.

Aus Nr. 267 des Oregdownik
vom 22. November 1893:

Die Volkspartei in Westfalen.

Nachstehendes wird uns über den Verlauf der angekündigten Volksversammlung in Bochum berichtet:

Aus Gelsenkirchen, 20. November. Ich übersende der geehrten Redaktion die in der am 5. d. M. in Bochum abgehaltenen Versammlung der polnischen Katholiken gefasste Resolution. Sie lautet:

Westfälische Resolution.

1) In Betracht dessen, daß wir Polen in Westfalen dem Glauben unserer Väter, dem römisch-katholischen Glauben, dem heiligen Vater als Erzhirten und Oberhaupt der katholischen Kirche treueste Anhänglichkeit bewahren, erklären wir aus ganz Westfalen am 5. d. Mts. in Bochum Erschienenen angesichts der ganzen Nation und der ganzen Welt

daß wir in diesem unseren heiligen Glauben weiter leben und sterben wollen.

2) In Betracht dessen, daß neben unseren römisch-katholischen Glauben unsere Nationalität und besonders unsere schöne polnische Sprache unsere theuersten Schätze sind, verpflichten wir uns auf's Feierlichste, alle Kräfte anzustrengen,

um unsere geliebte Sprache, die Hinterlassenschaft der Väter in ihrer Reinheit und ihrem anmutigen, bezaubernden Gewande zu erhalten, unsere Gebete in dieser Form zum Allerhöchsten zu senden, sie sorgsamst zu pflegen, in ihr mit den Landsleuten mündlich zu verkehren, durch sie als das geeignetste und einzige Werkzeug uns fortzubilden an Wissen und Können und darin zu leben und zu sterben.

3) In Betracht dessen, daß die Landsleute in der Fremde, besonders im Innern Deutschlands in Folge der hier obwaltenden Verhältnisse keine gesonderte politische Partei bilden können; in Betracht dessen, daß das katholische Zentrum im Land- und Reichstage am meisten von allen Parteien gegen uns Polen gerecht war und unsere göttlicherseits uns als einer gesonderten Nation gegebenen Rechte zuerkannt hat; in Betracht endlich dessen, daß die hiesigen katholischen Geistlichen, obgleich anderer Stammeszugehörigkeit, uns Polen mit besonderer Sorgfalt umgeben und uns belehren und moralisch stützen, erklären wir hier Versammelten,

daß wir in Glaubenssachen, in gesellschaftlichen ökonomischen und politischen Angelegenheiten wie bisher zum katholischen Zentrum stehen wollen.

4) In Betracht dessen, daß unter uns wie unter allen Nationen verschiedene Parteien bestehen; in Betracht dessen, daß diese Parteien nicht allein nicht schaden sondern der allgemeinen Sache förderlich sind, so lange sie das allgemeine Beste im Auge haben und in ihren Bestrebungen und Kämpfen sich ehrlicher Waffen bedienen; in Betracht dessen, daß die hauptsächlich in Posen im Wachsen begriffene neue sogenannte polnische Volkspartei am meisten der politischen Ueberzeugung und Anschauung der hier Versammelten entspricht; in Betracht dessen, daß hauptsächlich die große Masse des Volkes am ausdauerndsten ihren Glauben und ihre Nationalität vertritt, während andererseits die höheren Stände am schnellsten entnationalisiert werden, wie Oberschlesien und andere Länder lehren, wo der Adel seine Nationalität aufgab, während das Volk ihr treu blieb: — erklären wir heute in Bochum Versammelten,

daß wir uns als zur Volkspartei gehörig betrachten, wobei wir jedoch versichern, daß wir Niemanden, der einer anderen Partei angehört, von der gemeinsamen Arbeit ausschließen, sondern im Gegenteil mit Freude alle Landsleute in der Fremde begrüßen, die für die Sache des Volkes thätig zu sein beabsichtigen."

So lautet die „westfälische Resolution."

Der Drendownik spendet seinen Landsleuten die überschwänglichsten Ehrenbezeugungen ob ihrer Haltung, versichert, daß die Namen derselben mit goldenen Lettern in der Geschichte Polens verzeichnet stehen würden, versichert die Polen Westfalens des Beifalls aller Landsleute und eifert zur Nachahmung an.

Aus Nr. 272 des Oredownik

vom 29. November 1893.

Ueber das Benehmen des westfälischen Polengeistlichen Dr. Lix seinen sezeßionslüsternen Landsleuten gegenüber weiß der Drendownik folgendes zu berichten:

„In letzter Zeit begann der Wiarus polski sich auf unerhörte Weise an Namen und Ruf seiner Gegner zu vergreifen. Und dabei führt der Geistliche Dr. Lix in diesem Blatte den Reigen. In der einen Nummer schreibt dieser Seelsorger: „Wenn mir Herr M. nicht den Beweis beibringt, wo er getraut worden ist, so weise ich ihn von den Sakramenten zurück.“ In einer andern Nummer beantwortet er einen Brief mit den Worten: „Ich sehe, daß Du ein vollendeter Lump bist.“ Einer andern Person gegenüber gebraucht er die Wendung: „Dir wird noch das Leder verbläut werden.“ Herrn Fr. Jafubek, der seit zwölf Jahren in Westfalen redlicher Arbeit nachgeht und zu der Schaar von Landsleuten gehört, die einst mit dem Geistlichen Szotowski eifrig an der Bildung polnischer Vereine und an der Weckung und Erhaltung des Nationalgefühls arbeiteten, antwortet Propst Lix: „Wenn ich gegen Dich losziehe, wirst Du Bekanntschaft mit den schwedischen Gardinen machen.“

Alle diese Artikel des Wiarus tragen die Unterschrift des Geistlichen Dr. Lix. Man traut, wie gesagt, seinen Augen nicht, wenn man das liest. Nur in manchen amerikanischen Zeitungen stößt man auf ähnliche Kraftausdrücke. Die Folge davon ist, daß der Wiarus durch seine und des Dr. Lix Artikel ganz Westfalen gegen sich aufgebracht hat. Wir haben lange genug, jedoch vergeblich davor gewarnt. Unsere gebildeten Landsleute wehren sich, wenn sie gegen ein derartiges Benehmen des genannten Geistlichen und seines Leibblattes protestieren, mit Recht ihrer Haut und ihres nationalen Besitzes, an welchen sie Jahre voll mühevoller Arbeit gewendet, und der zu Grunde gegangen wäre, wenn er Hüter gehabt hätte, die dem Wiarus und dessen geistlichen Patron blind folgen.

Aus den Zeitungen des Auslandes.

Aus Nr. 271 der Nowa Reforma

vom 26. November 1893.

Krakau, den 25. November.

Betrifft die Handelsverträge.

Im deutschen Reichstage finden lebhafteste Beratungen über die Handelsverträge statt. Aus der bisherigen Stimmung der Verhandlungen geht deutlich hervor, daß die konservativen Parteien und die Agrarier grundsätzliche Gegner der ganzen neuen politischen Richtung, des sogenannten „neuen Kurses“ sind. Die gegen die Verträge, welche den Gegenstand der Beratungen bilden, geführte Beweisführung wendet sich nicht nur gegen die Sache selbst, sondern auch gegen die Personen, welchen Mangel an gründlicher Sachkenntnis und selbstständiger persönlicher Meinung, dafür aber blinde Unterwerfung unter den Willen des Kaisers, von dem man nicht weiß, wohin er strebt, obgleich er sehr oft, bei irgend beliebiger Gelegenheit Reden hält, zum Vorwurf gemacht wird.

Nach der von einigen Blättern gemachten Berechnung werden sich gegen die Verträge erklären: außer den Konservativen und den Agrariern auch eine große Anzahl der Centrumsmitglieder, die Polen und wahrscheinlich sogar einige Mitglieder der national-liberalen Partei. Das Schicksal der Verträge ist daher sehr zweifelhaft. In Anbetracht dessen kann man auf eine politische Krisis in großem Maßstabe vor-

bereitet sein, in der sich nicht die Personenfrage, sondern die Frage der grundsätzlichen Richtung der ganzen äußeren und inneren Politik entscheiden wird.

Aus Nr. 272 der Nowa Reforma
vom 28. November 1893:

Betrifft die Landtagswahlen in Westpreußen.

Mit dem Ergebnis der Wahlen in Westpreußen sind wir diesmal ziemlich zufrieden, denn neben den früheren drei alten Wahlbezirken haben wir den Deutschen einen neuen, den Straßburger Wahlkreis abgenommen. Unser Sieg wäre dort ein noch viel größerer, wenn nicht geradezu eine Verletzung des Wahlrechts stattgefunden hätte, die sich in zwei Bezirken die Verwaltungsbehörden, welche die Wahlen leiteten, haben zu Schulden kommen lassen. Wir haben namentlich in dem Wahlbezirk Pr. Stargard-Berent-Dirschau diesmal mehr Wahlmänner durchgebracht als die verbündeten Deutschen, doch hat uns das Wahlbureau die Wahl von 14 Wahlmännern für ungültig erklärt und zwar wegen Fehlern, welche von den die Wahlen leitenden Beamten begangen worden sind. Auf diese Weise siegte der deutsche Kandidat mit einer Mehrheit von sieben Stimmen. In dem Wahlbezirk Tuchel-König hätten wir mit einer Mehrheit von drei Stimmen gesiegt, indeß sind sogar 18 Wahlen für ungültig erklärt worden und der deutsche Kandidat trug deshalb den Sieg davon. Selbstverständlich werden unsere Wahlkomitees in beiden Wahlbezirken gegen ein solches gesetzwidriges Verfahren bei dem Landtage Einspruch erheben und wir dürfen erwarten, daß das Abgeordnetenhaus das Mandat des deutschen Abgeordneten sowohl in dem einem, als auch in dem anderen Wahlbezirk für ungültig erklären wird.

Was uns jedoch sehr freut, das ist der Umstand, daß sich in Westpreußen unser Volk nicht nur intellektuell, wie dies die jüngsten Landtagswahlen gezeigt haben, sondern auch materiell gehoben hat, und es freut uns dies um so mehr, als dasselbe dort vorwiegend auf eigene Kräfte angewiesen ist, der Großgrundbesitz sich nur noch in wenigen polnischen Händen befindet, die Städte verdeutsch sind, ferner weil dort die Intelligenz wenig vertreten ist und weil überhaupt die Verdeutschungsmaschine in Westpreußen noch mit mehr Nachdruck arbeitet, als in der Provinz Posen. In vielen Dorfgemeinden hat sich die Zahl der polnischen Wähler in der ersten und zweiten Klasse stark vermehrt; Gemeinden, welche früher nur lauter Deutsche zu Wahlmännern wählten haben jetzt größtentheils Polen gewählt. Und sogar die ländlichen Arbeiter, welche keinen Grund und Boden besitzen, nehmen jetzt, wohlwissend, daß der deutsche Brodherr mit eigener Hand das Feld nicht bestellen kann und auf die polnischen Arbeiter angewiesen ist, keinen Anstand, für polnische Kandidaten zu stimmen und verlassen sofort die Arbeit, wenn ihnen der deutsche Herr dies verbietet. Ein solcher klassischer Fall ereignete sich in Kokozi, woselbst der deutsche Gutsbesitzer den polnischen Knecht aus dem Grunde entließ, weil er für polnische Kandidaten gestimmt hatte. Darüber empörten sich alle übrigen polnischen Arbeiter und verließen freiwillig den Dienst. Als sie ihrem Brodherrn diesen Entschluß mitzuteilen kamen, wollte derselbe die Entlassung jenes Knechtes durchaus rückgängig machen, doch seine Bitten waren erfolglos. Im Bewußtsein der Solidarität und der Beleidigung, die sich der deutsche Besitzer ihrem Bruder gegenüber hatte zu Schulden kommen lassen, verließen sie Alle das Dorf und ließen den Deutschen in der größten Verlegenheit. Sind das nicht erfreuliche Beweise der nationalen und politischen Reife unseres Volkes?

Redigirt von Portasiewicz, Königl. Polizei-Inspektor.

Königlicher Polizei-Präsident von Nathusius.